Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF Staatssekretariat für Bildung

Forschung und Innovation SBFI Abteilung Hochschulen Einsteinstrasse 2

3003 Bern

**Kanton Zürich Regierungsrat**

6. Februar 2019 (RRB Nr. 113/2019)

**Änderung des ETH-Gesetzes (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 21. November 2018 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des ETH- Gesetzes Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und äussern uns wie folgt:

Grundsätzlich haben wir keine Einwendungen gegen die vorgesehenen Gesetzesände- rungen. Die Gründe für die Änderung der einzelnen Bestimmungen sind nachvollziehbar und die neuen Regelungen sind gerechtfertigt.

Zu folgenden Bestimmungen haben wir Bemerkungen:

Art. 17a Abs. 3 des Entwurfs ist eine Delegationsbestimmung, die bisher in der Rahmen- verordnung zum Bundespersonalgesetz (SR 172.220.11) enthalten war. Im erläuternden Bericht wird dazu ausgeführt, dass für die Delegationsmöglichkeit anderslautende gesetz- liche Bestimmungen vorbehalten blieben. Darunter falle beispielsweise die Anstellung von Professorinnen und Professoren gemäss dem neuen Art. 17a Abs. 5, die nicht delegierbar sei. Die Einschränkung der Delegationsmöglichkeit kommt im Wortlaut der Bestimmung nicht zum Ausdruck. Aufgrund dessen Tragweite und im Sinne der Rechtssicherheit regen wir an, Art. 17a Abs. 3 mit einem Satz zu ergänzen, wonach anderslautende gesetzliche Bestimmungen vorbehalten bleiben.

In Art. 36h Abs. 1 des Entwurfs ist das Wort «vorschriftswidrig» zu unbestimmt. In Anbe- tracht dessen, dass diese Bestimmung die Grundlage für eine Einschränkung des Grund- rechts der persönlichen Freiheit gemäss Art. 10 der Bundesverfassung (BV, SR 101) dar- stellt, erachten wir eine konkretere Formulierung als notwendig. Wir schlagen folgende Umschreibung vor:

*«Die Sicherheitsdienste nehmen (…). Sie dürfen Personen befragen und Ausweiskontrollen vornehmen. Zudem dürfen sie Personen, die gegen die Zutritts- und Benützungsordnung verstossen, anhalten, kontrollieren und wegweisen.»*

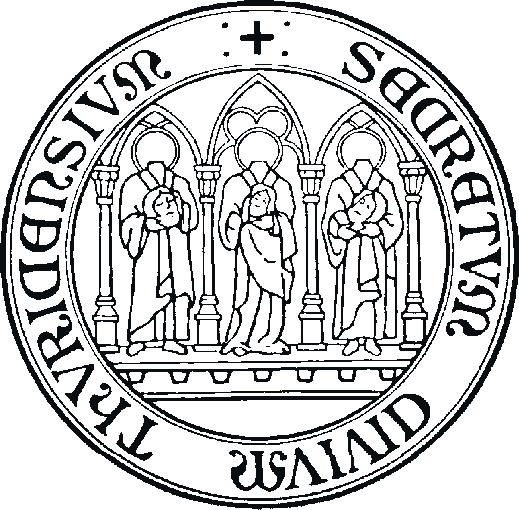
2

Die neu vorgesehene Regelung über die Videoüberwachung (Art. 36i des Entwurfs) berührt das Recht auf Schutz der Privatsphäre (Art. 13 Abs. 2 BV). Gemäss den Ausführungen im erläuternden Bericht soll Videoüberwachung vereinzelt und verhältnismässig eingesetzt werden. Aufzeichnungen seien gemäss dem Verhältnismässigkeitsprinzip stets so schnell wie möglich zu löschen, wenn sie nicht für ein Verfahren oder aufgrund eines sicherheits- relevanten Vorfalls benötigt würden. Wir regen an, entweder im ETH-Gesetz selber oder in einer Ausführungsbestimmung auf Verordnungsebene – analog zur Regelung in Abs. 4 – eine Frist festzulegen, innert der Aufzeichnungen zu löschen sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,

die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Die Staatsschreiberin:

Dr. Thomas Heiniger Dr. Kathrin Arioli